

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
Eingetragen in die
Postzeitungskarte Nr. 8482.

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 geplatt.
Postkarte.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Vorsteherkonto: Nr. 338 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1923.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes enthält auch das statistische Material über die Mitgliederbewegung der freien Gewerkschaften im Jahre 1923. Es zeigt sich in diesem Bericht das gleiche Bild wie bei unserem Verband: Mitgliederrückgang auf der ganzen Linie. Diese Erscheinung überrascht jedoch nicht, man mußte sie vielmehr erwarten. Währungsverfall und das Wüten der kommunistischen Partei haben alles Oberflächliche hinweggeschwemmt. Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wären am Ende des Jahres 44 Verbände angeschlossen, gegen 49 im Vorjahr. Die Verbände der Glaser und Töpfer gingen zum Baugewerksbund über, die Hausangestellten schlossen sich dem Verkehrsverein und die Schiffszimmerer dem Metallarbeiterverband an. Die Poliere zählen seit dem 1. Januar 1923 zum AfA-Bund. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Berichtsjahres 5 749 763.

Wie sich die Mitgliederbewegung seit März 1922 vollzogen hat, zeigt folgende Zusammenstellung:

| | Zu- oder Abnahme |
|-------------------|------------------------------------|
| am 31. März 1922 | 7 810 133 + 58 544 = 0,8 Proc. |
| am 30. Juni 1922 | 7 883 906 + 73 773 = 0,9 Proc. |
| am 30. Sept. 1922 | 8 068 938 + 185 032 = 2,3 Proc. |
| am 31. Dez. 1922 | 7 821 558 - 247 380 = 3,1 Proc. |
| am 31. März 1923 | 7 427 638 - 393 920 = 5,0 Proc. |
| am 30. Juni 1923 | 7 287 040 - 140 589 = 1,9 Proc. |
| am 30. Sept. 1923 | 7 039 085 - 247 990 = 3,4 Proc. |
| am 31. Dez. 1923 | 5 749 763 - 1 289 296 = 18,3 Proc. |

Wie aus dem starken Rückgang der Mitgliederzahl vom September auf Dezember ersichtlich wurde der Mitgliederbestand der Gewerkschaften von der Währungskatastrophe hart betroffen, sie brachte einen Verlust von 1 289 296 Mitgliedern. Allerdings ist eine rückläufige Bewegung der Mitgliederzahlen schon seit dem dritten Vierteljahr 1922 festzustellen. Sie hängt zusammen mit der von diesem Zeitpunkt an einsetzenden Wirtschaftskrise, die sich immer mehr verschärft und schließlich in der Währungskatastrophe mündete, die das Wirtschaftsleben hart an den Abgrund drängte. Die Periode von September 1922 bis Ende des Jahres 1923 wird gekennzeichnet durch wachsende Beschäftigungslosigkeit. Es ist eine alte Errscheinung, daß Zeiten niedergehender Konjunkturen ungünstig auf die Gewerkschaftsbewegung einwirken. Aber auch das widersinnige Treiben der Kommunisten mußte zum Verlust ein Mitgliedern beitragen; sicherlich ist der Rückgang der Bewegung durch ihre gewerkschaftsfeindliche Haltung erheblich verschärft worden. Insgesamt verlor der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Laufe des Jahres 1923 2 071 795 Mitglieder (darunter die Poliere, die jetzt zum AfA-Bund zählen) gleich 26,5 Prozent des Bestandes vom Ende 1922. An diesem Verlust sind alle Verbände beteiligt. Die hier angegebene Endzahl von 1922 weicht gegen die in der vorjährigen Statistik verzeichneten um 86 975 ab. Abgesehen von sonstigen Veränderungen ist diese Differenz zurückzuführen auf die Ausscheidung von 67 495 Mitgliedern mit Beamtencharakter, die nach dem zwischen dem ADGB und dem Allgemeinen Deutschen Beamten-Bund getroffenen Abkommen jetzt zu dem leichtenen zählen.

Im Jahresdurchschnitt trifft der Verlust an Mitgliedern nicht so stark wie bei den Endzahlen hervor. Es zählte der ADGB im Durchschnitt des Jahres 1923 insgesamt 5 273 202 männliche, 1 526 155 weibliche, 263 801 jugendliche, zusammen 7 063 158 Mitglieder. Die Gesamtzahl verminderte sich gegen das Vorjahr um 831 907 gleich 10,5 Prozent. In diesem Verlust sind eingeschlossen die Poliere, die zum AfA-Bund zählen und die Mitglieder, die nun dem ADGB angegeschlossen sind. Von den an der Statistik befehligen Verbänden hatten im Jahresdurchschnitt 14 über 100 000, 9 über 50 000 bis 100 000 und 20 unter 50 000 Mitglieder. Zu den ersten Größenklassen gehörten die nachfolgenden Verbände, die im Jahresdurchschnitt die beigefügten Mitgliederzahlen aufweisen: Metallarbeiter 1 543 498, Textilarbeiter 689 465, Fabrikarbeiter 674 349, Baugewerksbund 526 093, Verkehrsverein 499 863, Holzarbeiter 422 373, Bergarbeiter 372 634, Eisenbahner 367 792, Gemeinde- und Staatsarbeiter 252 590, Landarbeiter 237 714, Bekleidungsarbeiter 141 833, Schuhmacher 109 119, Loharbeiter 104 998 und Zimmerer 104 126.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ging gegen das Vorjahr um 161 685 gleich 9,6 Prozent zurück. Diese Abnahme ist nicht so stark wie bei den männlichen Mitgliedern, wo sie 12,3 Prozent ausmacht. Der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl beträgt 21,6 gegen 21,4 Prozent im Vorjahr. Bei acht Verbänden überwiegt die Zahl der weiblichen gegenüber den männlichen Mitgliedern. Es sind das die folgenden Verbände, die das beigefügte Mitgliederverhältnis aufweisen:

| | 200-L-Mitglieder | weibl. weibl. | % |
|--------------------------|------------------|---------------|------|
| Bekleidungsarbeiter | 121 833 | 88 995 | 62,7 |
| Nachbinder | 87 976 | 63 877 | 72,6 |
| Choränger | 3 991 | 2 339 | 58,6 |
| Graphische Hilfsarbeiter | 44 730 | 30 097 | 67,3 |
| Hutmacher | 26 953 | 19 164 | 71,1 |
| Kürschner | 11 042 | 7 024 | 63,6 |
| Loharbeiter | 104 998 | 84 765 | 80,7 |
| Textilarbeiter | 659 465 | 451 969 | 67,0 |

Die jugendlichen Mitglieder weisen im Jahresdurchschnitt

gegen das Vorjahr eine Vermehrung um 69 813 auf. Das ist aber ohne Zweifel nur auf eine bessere Auszählung der Jugendlichen zurückzuführen. Die nachgewiesene Zahl ist noch nicht als vollständig anzusehen, weil einzelne Verbände die Jugendlichen noch nicht getrennt angeben können.

Der starke Verlust an Mitgliedern, den die Gewerkschaften im Herbst 1923 erlitten, zeigt nicht gegen ihre Lebensfähigkeit. Es war die Folge eines Schlagabfalls, der die ganze Volkswirtschaft lähmte. Stotter der Blutumsatz des wirtschaftlichen Körpers, so müssen alle seine Teile davon betroffen werden. Die Gewerkschaften sind aber angemessen wichtige Bestandteile der Wirtschaft. Ein völliges Versagen der organisierten Arbeiterschaft ist undenkbar, solange eine kapitalistische Produktion besteht. Müssen arbeiterfeindliche Kreise aus dem Mitgliederverlust der Gewerkschaften die

Zellen seien zwar gegen einen Einheitszimmel in der Arbeiterbewegung, jedoch sei zu hoffen, daß ein kräftiger Wind von Moskau baldigst zur Liquidierung der nur noch 500 Mitglieder starken Zelle in Höchst befragt wird. Mit der Hoffnung, daß diese Kinderkrankheiten baldigst überwunden sein möchten, schloß Sachsen seinen Geschäftsbereich. Nachdem der Verbandskassier sich bitter über die Abrechnungsschwächen seiner Gehrenen beschwert, berichtet der Redakteur über seine geistreiche Kost im Organ des Chemieverbandes. Er könnte, so sagte er, mit Stolz feststellen, daß das von ihm redigierte Organ von den Proletarien lieber gelesen werde als der "Proletarier" des Fabrikarbeiterverbandes. Trotz diesem gehe aus ganz unbekannter Hand die Auflage seiner Zeitung steifig den Krebsgang. Nach Annahme einer weiteren Resolution zum 3. Weltkongreß, die am Schlusse mit den alten wichtigen Schlagwörtern ausklingt: Nieder mit den Verrätern, niedrig mit den Spätern der deutschen Gewerkschaftsbewegung, erfolgte noch, man höre und staune, die Aufforderung: Tretet ein in den Fabrikarbeiterverband! Höher geht's nicht! Über die Lage der Chemiearbeiter berichtet wiederum Sachsen (Ludwigshafen). Der Fabrikarbeiterverband lehnt es ab, für die Industrieverbände die Löhne zu machen, obgleich ihm bekannt sei, daß der Industrieverband dazu nicht in der Lage ist. Nach einiger Diskussion natürlich im Sinne der Drahtzieher, Annahme eines Manifestes, Entgehnahme eines Vortages über die kommunistische politische Lage und Abstimmung über noch einige Resolutionen und Damaszefologramme an Sowjetrußland neben der Wiederwahl der alten bewährten Führer stand diele würdige Tagung ihren Abschluß.

Inmerkung des Berichterstatters: Aus diesem traurigen Auschnitt aus der neuzeitlichen Arbeitergeschichte kann die Arbeiterchaft, insbesondere aber die Chemiearbeiter, ersehen, wie die Gewerkschaftsbewegung nicht geführt werden darf. Ins. Aufpeitschung der Arbeiter gegen ihre Gewerkschaften, dann Stellung von Forderungen an diese, zu deren Erfüllung in einer Zeit der größten Wirtschaftskrise die Gewerkschaften nicht in der Lage sind. Alsdann Aufforderung zur Gründung von solchen Sonderorganisationen. Nachdem die Arbeiterchaft durch diese unantrete Manöver kopflos geworden, die Gewerkschaften geschwächt sind, das Unternehmertum triumphiert und seine Position inzwischen reichlich zum Schaden der Arbeiterchaft ausübt, da erfolgt bei diesen Arbeiterverrätern die Erkenntnis, daß ihre Taktik falsch und ihr Manöver ein Verbrechen an dem Proletariat war. Gerade die Chemiearbeiter waren in erster Linie die Leidtragenden. Sechs Monate mußte in der Sektion VII der Fabrikarbeiterverband mit die 10 Prozent Lohnerhöhung, die am 6. Oktober eingetreten sind, kämpfen. Und warum? Weil die Drahtzieher der Chemieverbänden die Straße Organisation in den Großbetrieben in Leverkusen, Höchst und Ludwigshafen zum Teil zerstört und die Unternehmer dieser Betriebe mit Absicht die Forderungen abgewiesen haben, denn sie hatten ja die zerstörten Gruppen und die Unorganisierten nicht zu fürchten. Das sollte jedem Arbeiter zu denken geben. Der Fabrikarbeiterverband wird die Hand zur Wiedervereinigung jedem Kollegen bieten, der wieder zur alten Gewerkschaft zurückkehren will. Daß er aber auf die Drahtzieher im Interesse der Selbstsicherung verzichtet, das ist kein gutes Recht.

Fragen der Preisgestaltung.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Der Wissenschaftler nimmt zu den Fragen des Wirtschaftslebens eine erklärende Stellung ein. Er will die Zusammenhänge aufdecken, die Bedingungen feststellen, unter denen etwas sich entwickelt. Er treibt Ursachenforschung: Meist sind uns die Wirkungen einer Sache bekannt, nicht aber ihre Ursachen. Die Forschung geht den Wirkungen nach bis zu den Ursachen. Sie geht vom bekannten aus und sucht das Unbekannte. Ihre Aufgabe ist es also, Unbekanntes bekannt zu machen. Wissen schafft neues Wissen schafft. Unverständenes verstehen lernt. Gründlich, klar und deutlich ein Bild von einer Sache geben. Die Wissenschaft lehrt, wie eine Sache entsteht, wie sie sich entwickelt und wie sie verschafft ist. Das ist Ursachenforschung. Wahrheitsforschung!

Der Praktiker kann sich in der Regel nicht so umfangend mit den Dingen befassen, die ihn interessieren. Es schlägt ihm die Zeit dazu, ganz abgesehen von dem Willen, das zur Erforschung bestimmte Vorgänge nötig ist. Grundfündig aber muß sich der Praktiker zu den Ursachengelegenheiten anders stellen als der Wissenschaftler. Der Wissenschaftler sucht nach neuen Erkenntnissen, der Wirtschaftsmensch strebt nach Gewinn. Rentabilität steht an der Pforte jedes Unternehmens geschildert. Die Kunst des Geldverdienens lehrt die Wissenschaft nicht, so wichtig sie für die Erwerbstätige auch ist. Aber nichtsdestoweniger: Wissenschaftliche Erkenntnisse sind häufig wichtig für den Praktiker. Was ich besser verstehe, das kann ich besser denken oder ausführen, ich kann mir ein zutreffendes Bild von vielen Dingen machen, besser rechnen und berechnen. Ganz besonders gilt dies vor der Preisbildung.

Gewisse Gruppen von Sachgätern nehmen in der Preisbildung eine besondere Stellung ein: Gemüse, Edelsteine, Luxusgegenstände bestimmter Art. Die Preisbildung ist bei solchen Gütern von Fall zu Fall zu unterscheiden, daß es einen Marktpreis wie beim Käse in Hessen (Darmstadt) im "Osten" seinem ersten Verkaufsort abholen. 30 Delegierte, eine Anzahl Gäste und ein Oppositionsratgeber des Fabrikarbeiterverbandes bildeten das Gremium. Der Arbeitergefangenverein "Sängerkranz" von Bensungen erhielt es als eine besondere Ehre, diesem gewerkschaftszerstreuenden Gremium ein Freiheitssiegel über die Einigkeit der Arbeiterchaft zu legen. Ob sich die in diesem Arbeitergefangenverein vereinigten freien Gewerkschaften ihres Zusuns bewußt waren, bleibt zunächst eine offene Frage. Eine Protestresolution: heraus mit den politischen Gefangen und ein diesbezügliches Telegramm an die Reichsregierung bildeien die Einleitung des gleichen Tages. Im weiteren berichtete Sache (Ludwigshafen) über den Preispolitischen Kontakt der Industrieverbände auf die Arbeiter. Die Räume in Ludwigshafen und am Niederrhein hätten zwar für die Fabriker keine Vorteile, wohl aber für die Gesellschaft (Besseren) werke wertvolle Erfahrungen gebracht. Wer wirtschaftliche und sozialpolitische Vorteile für die Kollegenschaft des Industrieverbandes zu betrachten sei, habe so wenig möglich wie auf der letzten Mannheimer Konferenz. Dagegen sei die Mitgliederflucht geradezu katastrophal. Dafür sünden die Beschlüsse des ROL-Kongresses, doch sich die Abberbleib des Chemieverbandes angehend wieder mit dem Fabrikarbeiterverband zu verschmelzen haben, mit Ausnahme von Höchst a. R. keinen Widerstand. Die Höchster

Leute gegeben, die zu ergründen suchten, wie eigentlich der Preis für eine Ware oder Arbeitsergebnis zu stände kommt, wodurch er bestimmt werde. Bei diesem Nachdenken ist man zum Teil zu ganz selbstverständlichen Preisbestimmungskräften gekommen. So, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen und daß die Kosten der Herstellung entscheidend für die Preisbildung seien. Das weitere ist zu zeigen, daß das höhere oder kleinere An-

mit einem Stich ins Röhliche stark glänzendes Metall, das an trockener Luft unveränderlich ist, sich aber in feuchter Luft mit einer Oxidationsschicht überzieht. Als Metall findet es nur beschränkte Verwendung. Weit größer ist seine Bedeutung für die chemische Industrie. Gewonnen wird Kobalt indem durch Rösten des Erzes Schwefel und Zinn entfernt werden. Das Röstgut geht als Farbmaterial in die Porzellan- und Glasfabriken. Soll reines metallisches Kobalt hergestellt werden, müssen die gebrannten Erze in Salzsäure gelöst und von den metallischen Verunreinigungen befreit werden. Die übrig bleibende Flüssigkeit wird mit Chlorkalk behandelt, filtriert, und endlich wird das Kobalt ausgefällt. Kobalt ist der Grundstoff vieler Farben. Blaufarbenwaren, die Kobalt enthalten, gibt es in Deutschland mehrere. Aber auch andere Farben, wie z. B. Indischgelb, werden daraus hergestellt.

Lithium stand bisher fast nur zu chemischen Zwecken Verwendung (Sticksstoffreinigung). Jetzt ist es gelungen, Lithium technischen Zwecken dienstbar zu machen, indem es sich zur Aluminiumlegierung geziert hat.

Mangan ist ein graumetallisches sehr hartes Metall, das gebrochen nicht vorkommt. Es wird vorwiegend aus Braunkohle, aber auch aus anderen Mineralien elektrolytisch gewonnen. Ferner wird es gewonnen auf thermischem Wege, indem Aluminium und Manganoxyde nach der Goldschmidtschen Erfindung abgebrannt werden. Mangan ist ein lebenswichtiger Stoff, der in den Pflanzen reichlich vorhanden ist, desgleichen im Eigelb, in den Haaren, Schuppen und Nügeln der Tiere angetroffen wird. Das metallische Mangan wird bei der Stahlproduktion und zu Kupferlegierungen benötigt.

Auch in der chemischen Industrie spielen die Mangan-sulfide und -verbindungen eine Rolle und dienen als Mangan-alumin, Manganboral, Manganit und usw. nicht ganz unbekannt sind.

Molybdän wird ebenfalls nur im chemischen Verfahren gewonnen. Es findet sich als Molybdänlang an Schwefel als Molybdänkohle an Sauerstoff gebunden, oder als molybdän-saures Blei. Man erhält das Metall durch Erhitzen von Trioxyl oder Chlorit im Wasserstrom, durch Reduktion von molybdänrauem Kalk mit Kohle und Entfernung des Kalks mittels Salzsäure und durch andere Verfahren. Molybdän wird zur Verarbeitung von Stahl und Nickel benutzt. In der chemischen Industrie wird molybdän-saures Ammonium zum Nachweis und zur Bestimmung von Phosphorsäure benutzt. Phosphormolybdansäure dient zur Trennung der Alkalioide. Auch zu Farbstoffen, wie Molybdänblau und blauem Karmin, wird Molybdän verwendet.

Natrium ist weit verbreitet. Geringe Mengen von Natriumsalzen fehlen fast in keinem Mineral und sind in allen Pflanzen und Tieren anzutreffen. Aber als reines Metall kommt es in der Natur nicht vor. Es wird in der chemischen Industrie aus einem Gemisch von kohlensaurer Soda mit Kohle und Kreide in einem Destillierapparat, oder im elektrolytischen Verfahren aus Alkalinat oder aus Chloroalumin dargestellt. Es kommt als reines Metall, in löslicher Blechbüchsen oder in Paraffin verpackt, zum Verkauf. Selbstverständlich verschwindet der Bedarf an Natriummétall hinter dem seiner Salze und Verbindungen. Menschen und Tiere können die Natriumsalze nicht entbehren. Das Kochsalz ist Chloroalumin. In der chemischen Industrie ist Chloroalumin zur Herstellung von Salzsäure, Chlor, Salsal, Schwefelchlor und deren verschiedenen Verbindungen unentbehrlich. Wir wollen uns die Aufzählung und Verwendbarkeit derselben schenken. Es reizt uns aber, hervorzuheben, daß der Grundstoff Metall in diesem Falle wie in vielen anderen Fällen weit davon entfernt ist, seine Hauptrolle als Metall zu spielen. Chemische Grundstoffe sind es häufig, die der chemischen Industrie ihr Gepräge geben.

gb.

Die begmännisch gewonnenen Salze in der chemischen Industrie.

IV.

Die vorhergehenden Artikel enthalten einige charakteristische Angaben, die zeigen, wie vielseitig der Produktionsprozeß bei der Verarbeitung der bergmännisch gewonnenen Salze ist. Nicht nur in der Kalifabrik, sondern auch auf den reinen Steinsalzwerken ist man bemüht, die gewonnenen Salze restlos zu den mannigfältigsten chemischen Produkten zu verarbeiten. Die Arbeiter in diesen Betrieben sind nicht nur mechanischen Gesetzen ausgesetzt, sie müssen auch gegen Unfall- und Gesundheitsgefahren, durch Säuren, giftige Stoffe, Sprengstoffe und andere geschützt werden, die beim Bergbau im allgemeinen nicht eingesetzt sind. Die Kalifabrik hat es aber noch mit anderen Stoffen zu tun. In unmittelbarem Zusammenhang mit chemischen Betrieben finden wir Säuren, Ziegeleien, eine Kunstmühle und auch eine Chamottefabrik.

Es ist wohl berechtigt, die Frage anzuhören, wo liegt in der Kalifabrik der Bergbau auf und wo beginnt die chemische Industrie an. Nach den angeführten Tatsachen sollte man annehmen können, daß die Beantwortung dieser Frage auch dem Laien nicht schwer fallen dürfte. Aber in Erwartung, daß zu bildenden Industrieverbände reklamieren der Bergarbeiterverband sämtliche Bergarbeiter dieser Betriebe für seine Organisation. Welche Grundsätze sollen hierbei entscheidend sein? Nach den uns vorliegenden Anträgen sollen einmal alle diejenigen Betriebe in Betracht kommen, die örtlich und organisch mit dem Bergwerksbetrieb zusammenhängen, ein anderes Mal, wenn diese Betriebe der bergpolizeilichen Ansicht unterstehen, und dann wieder diejenigen Betriebe, welche nicht unmittelbar mit dem Gewinnungsbetrieb zusammenhängen, oder der bergpolizeilichen Ansicht unterstehen.

Soweit wir die Verhältnisse in den Bergwerksbetrieben übersehen, dürfte das Ziel des Bergarbeiterverbandes nicht erreicht werden. Sollte aber noch den genannten Gründen versuchen werden, dann würden diese Verhältnisse noch verworren werden, als sie eigentlich sind. Da aus vorliegenden Anträgen sind so verschiedenartig, wie die geschilderten Verhältnisse auf den Werken selbst, doch ist damit noch nicht alles ersichtlich. Wir haben z. B. Betriebe, die über und unter Tage restlos der knapschaftlichen Berufssicherung angehören und damit der bergpolizeilichen Ansicht unterstehen. Dann wiederum haben wir Betriebe, bei denen der Bergwerksbetrieb zur Knapschafts-Berufsgenossenschaft und der Fabrikbetrieb zur Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie gehört. Diese Betriebe unterstehen der Aufsicht der Gewerbeinspektion. Außerdem haben wir Werke, bei denen der Bergwerksbetrieb und die Kalifabrik der knapschaftlichen Berufsgenossenschaft angehören, damit also der Bergpolizeilichen Ansicht unterstehen, während die übrigen Betriebe der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und damit der Aufsicht der Gewerbeinspektion unterstehen.

Die chemische Formel für reines Kali ist K_2O . Was als Kalidünger und Chlorkalium gehandelt wird, ist nicht alles reines Kali, sondern nur insoweit, als 100 Teile K_2O darin enthalten sind. K = Kalium, O = Oxygenium (Sauerstoff). Kalii, oder, richtiger gesagt, Kalium, ist ein silberweiß glänzendes Leichtmetall von 0,865 spezifischem Gewicht, bei 15 Grad Raumtemperatur ist es kneifbar, in der Kälte sehr spröde. Es schmilzt bei 62,5 Grad, siedet bei 807 Grad, verdampft bei 1050 Grad und bildet einen grünen Dampf, der an der Luft mit violetter Flamme verbrennt. An der Luft oxydiert es sehr schnell, ins Wasser geworfen entzieht es dem Wasser den Sauerstoff, und der freiwerdende Wasserstoff verbrennt dabei mit violetter Flamme. Wegen seiner sofortigen Zersetzung ist reines Kalium in der Natur nicht austindbar. Im Laboratorium, wo es zum Nachweis von Stickstoff in organischen Verbindungen dient, wird es in Petroleum aufbewahrt. Mit diesem geht es keine Verbindung ein und behält daher seine metallischen Eigenschaften.

Trotz der angeführten Tatsachen ist es dem Bergarbeiterverband nie eingefallen, Anspruch auf die Kalifabrikarbeiter zu erheben.

Löhne der Kalifabrikarbeiter.

Die Löhne in der gesamten Industrie sind augenblicklich, gemessen an der Bruttostrom der Mark, recht niedrig und reichen kaum aus, das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu bestreiten. Was man sich aber bei der Entlohnung der Kalifabrikarbeiter leistet, spottet einfach jeder Beschreibung. Nachstehend lassen wir die Abrechnung eines Lohnzettels folgen, der das Elend dieser Arbeiter gut genug illustriert:

Montag September 1924.

| Anzahl der Schichten | Berdienter Lohn für die Schicht | Lohn | | Abrechnung |
|------------------------------|------------------------------------|-----------|---------|------------|
| | | im ganzen | Wochene | |
| Kindergeb. Hausstandsgeld | 2 | 4 | 40 | 53 — |
| 20 | 25 | 2 | — | 1 05 |
| | | 65 | — | 18 88 |
| | | | 71 | 71 70 |
| | | | 40 | 71 63 |

R. 3,23 Mk.

Der Empfänger dieses Lohnzettels ist verheiratet und hat zwei Kinder unter 15 Jahren. Er hat im Monat September zwanzig Schichten verschoben, und hatte je Schicht einen Verdienst von 3,23 Mark. Einschließlich Hausstands- und Kindergeb. hat er im ganzen Monat 71,40 Mk. verdient. Auf den Kalibern gibt es monatlich Abzugszahlungen. Im September hat es vier Ratenzahlungen gegeben. Wenn diese gleichmäßig wären, hat der betreffende Kollege jede Woche 13,25 Mk. bekommen. Die Beiträge zur Knapschaftsbeiträge betragen für den ganzen Monat 18,88 Mk. und die Abzüge für Lohnsteuer 1,70 Mk., zusammen also 20,58 Mk. Außerdem sind im Monat August 1,65 Mk. zuviel bezahlt, die im September wieder eingezogen wurden. Im ganzen Monat sind also 71,40 Mk. verdient. Bei der Endverrechnung stellt sich jedoch heraus, daß einschließlich sämtlicher Abzüge 74,63 Mk. verdient sein müßten. Der betreffende Kollege hätte also bei der Abrechnung noch 3,23 Mk. an die Firma zahlen müssen. Da man nicht jemanden zahlen kann, bei der Rechnungszahlung noch Geld mitzubringen, wird der zuviel bezahlte Betrag im nächsten Monat abgezogen. Berücksichtigt man den gesamten Monatsverdienst, das heißt einschließlich Hausstands- und Kindergeb., und nimmt davon die Abzüge für Knapschaft und Steuern in Aussicht, so erhält sich ein Reimbetrag von 50,82 Mk. oder je Schicht 2,54 Mk. Für soziale Abgaben und Steuern kommen rund 29 Prozent des verdienten Lohnes in Abzug. Jeder weitere Kommentar ist dazu eigentlich überflüssig und würde die Wirkung nur abschwächen.

Es bedarf aber besonders hervorgehoben zu werden, daß trotz der hohen Beiträge zur Knapschaft die knapschaftlichen Kostenhausen ihren Mitgliedern bis heute noch nicht einmal Rentenverschaffung in Krankheitsfällen gewähren. Wenn also ein Knapschaftsmitglieder erkrankt, muß der betreffende Arbeiter von seinem Händler noch die Kosten für Arzt und Apotheker tragen.

Man wird vielleicht einwenden, daß wir einen ganz kreisigen Fall herausgegriffen haben. Dem ist aber nicht so. Solche und ähnliche Lohnzettel liegen uns täglich buchstäblich vor. Ohne weiteres soll zugegeben werden, daß bei manchen Arbeitern nur 20 Prozent des verdienten Lohnes in Abzug kommen. In allgemeinen aber liegen die hohen Beiträge zur Knapschaft in keinem Verhältnis zu den miserablen Löhnen. Wahle tut dringend auf. Vielleicht wird sich auch das Reichsarbeitsministerium in nächster Zeit mit dieser Frage zu beschäftigen haben.

Industrie der Steine und Erden.

Wer ist beruffähig?

Die Frage, wer berechtigt ist, rechtmäßige Tarifverträge einzuschließen, ist in letzter Zeit stark in den Vordergrund getreten.

Um sich sollte die Frage nicht stiftig sein, da die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 ganz eindeutig zum Ausdruck bringt, daß zum Abschluß von Tarifverträgen auf Arbeitnehmerseite nur wirtschaftliche Vereinigungen (Gewerkschaften) in Betracht kommen. Aus die einschlägige Literatur sowie die oberen Reichs- und Landesbehörden (Reichsarbeitsminister und Regierungspräsidenten) vertreten diese Auffassung. Dennoch wird von Unternehmerseite immer wieder versucht, die Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu umgehen oder ihr eine Auslegung zu geben, die der Arbeiterschaft zum Schaden ist. Dabei spielt der Haf gegen die Gewerkschaften, und das bestreben, sie bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen möglichst einzuschalten, um so die Arbeiter besser sprühen zu können, eine große Rolle.

Die Mittel, die hierbei angewendet werden, sind mancher Art und zeugen von großer Rücksicht, um die Beschlüsse der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu umgehen. Eins dieser Mittel ist das der Werkzeugvertrag, die lediglich geschaffen werden, um die Gewerkschaften auszuschalten oder gar bestehende Tarife aufzuheben und an deren Stelle schlechtere Arbeitsbedingungen zu setzen. Sind auch die Mittel, die zur Schaffung von Werkzeugverträgen angewendet werden, nicht immer einwandfrei, so verhindert dies nicht, denn der Zweck heiligt die Mittel, und die Hauptaufgabe ist, man hat den Arbeiter in eine Falle gespannt, wo der Herr im Hause Standpunkt des Unternehmers gewahrt

ist. — Wie kann sich auch der dumme Arbeiter erkühnen, im Wirtschaftsleben die Gleichberechtigung zu verlangen. —

Im vorliegenden Falle haben die Unternehmer jedoch trotz aller Anstrengungen kein Glück gehabt und mussten sich vom Gericht aufstellen lassen, daß ihr Vorgehen und die in dessen Verfolg getroffene Tarifvereinbarung rechtsungültig sei. Der Tarifbestand ist folgender:

Für den Nebenbetrieb eines Schuhzweckwerkes bei Bautzen wurde der Tarifvertrag für die neu-feste Industrie anerkannt und gehandhabt. Angeblich wegen Absatzmangels wurde der Nebenbetrieb (Ledergrube) Ende Juni stillgelegt. Gleichzeitig wurde der Belegschaft mitgeteilt, wenn sie mit verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen einverstanden sei, könne der Betrieb weder aufgenommen werden. Die Arbeiter lehnten dieses Ansinnen ab. Der Unternehmer stand jedoch einige willige Arbeiter, die er in einem Werkzweckverband zusammenfachte und mit ihnen einen Tarif abschloß, der den Wünschen des Unternehmers entsprach. Die übrige Belegschaft wurde durch Revers verpflichtet, den neuen abgeschlossenen Tarif anzuerkennen. Wer nicht unterschrieb, wurde nicht eingestellt. Nach Abschluß des Werktarifes wurde der Betrieb wieder in Gang gesetzt. Der Effekt war: verschlechterte Arbeitsbedingungen und 10 Pf. pro Stunde weniger Lohn.

Der Verband der Fabrikarbeiter als zuständige Organisation erhob gegen den Abschluß des Werktarifes Einreden und Klage beim Gericht.

Im Verhandlungstermin machte die Beklagte geltend, daß die Belegschaft sich in einem Verband zusammengekommen habe zu dem Zweck, auf dem Werke die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. — Darauf der Name Werkzweckverband. — Die Bestimmungen über die Verordnung über Tarifverträge seien somit erfüllt und der abgeschlossene Werktarif rechtsungültig. Der Verband der Fabrikarbeiter als Kläger konnte nachweisen, daß eine Vereinigung der Arbeitnehmer im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1919 nicht bestehen, da alle Voraussetzungen dafür (Name — Vorsitz — Statuten) fehlen und diese Vereinigung einmal nur singiert, zum anderen unter dem Druck der Nachwiedereinführung einzugekommen sei und somit keine freiwillige Vereinigung darstelle, der abgeschlossene Werktarif demgemäß rechtsungültig sei.

Das Gewerbege richt Bautzen schloß sich den Ausführungen des Klägers an, und stellte in der Sitzung vom 17. September 1924 folgendes Urteil:

„Im Namen des Volkes!

Die Beklagte wird verurteilt, den Klägern auf die Zeit bis zum 11. 8. 1924 die Löhne nach dem Tarifvertrag für die neu-feste Industrie zu bezahlen.

Auf die Widerlage wird festgestellt, daß der sogenannte Harztarif nicht als Tarifvertrag im Sinne des Gesetzes angesehen werden kann.

Begründung:

Eine Betriebsvereinbarung kann nur dann den Charakter eines Tarifvertrages haben, wenn sie unter Mitwirkung der Gewerkschaften und unter Beachtung der Voraussetzungen tariflicher Regelung zustande gekommen ist. Da dem sogenannten Harztarif diese Voraussetzungen fehlen, könnte ihn das Gewerbege richt nur als Lohnvereinbarung ansehen, die am Anfang zwingig ist, als kein Tarifvertrag dieser entgegensteht.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 52 der GOO, § 92 der ZPO.

Ausgeführt am 23. 9. 1924.

Damit ist einer gerichtlich bestätigt, daß nur die Gewerkschaften berechtigt sind, rechtsungültige Tarife einzuschließen.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich die Lehre: Legt sie Wert auf auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen, so muß auch der kluge Mann den Gewerkschaften zugeschickt werden, da nur diese allein die Interessen der Arbeiter vertreten und rechtsgültige Tarife abgleichen können.

R. E.

Ablösung Geld abheben!

Für die Kollegen Willh. Süder, Friedr. Bewerung, Hermann und Willh. Krüger und Willh. und Friedr. Schlicht liegt eine Summe Geld von der Firma Friedr. Süderhal Opel in der Zahlstelle der Zahlstelle. Das Geld ist als unentbehrlich anzusehen, da die Adressen nicht known. Wir bitten um Angabe der genannten Adresse zur Verfügung der Aufzugsbüro-Zimmer. —

Willh. Süder & Co.

Frauenfragen.

Die unverheiratete Mutter

Ganz was war der fertige oder unvollendete und den verheirateten Mutter jenseit? Ganz nichts andere verheiratete Frau eine Tochter und es kann sich nicht auf den „Sekretär“. Ihre Tochter ist ein Kind, der kleine Mensch möglicherweise. Dreißig gibt es Freuden, die geborene Mutter sind und es werden bis zum letzten Menschen. Ganz gleich, ob man etwas einfließen will, unter dem Herzen herumzugehn oder nicht.

Ich behaupte, dass es auch Freuden gibt, die zweite Mutter machen, ganz gleich, ob sie 4, 6, 8 oder auch nicht Kinder bis Leben geben werden.

Wir kennen die zwei großen Freudengruppen und müssen uns das Glück mit. Eine ist zweite Muttermutter und auch der Heil und Unheilshof in das zweite und drittköpfige Familien- und Familienleben zu führen ist.

Der Zweck der zweiten oder kleinen ist Gegenstück zur verheirateten Mutter ist eine Art einer schwangeren Größe, und der vier Frauen selber den zweiten Muttermutter.

Es ist nicht gut wie von mir ein zweiter oder dritter Elternkind, andere Familienmutter ist, ohne sie vom Sohn und einer zweiten Frau zu trennen. Mutter werden als zweite meistens zweite Mutter empfehlen und die Mutter als „die einzige“ genannt werden zu wollen.

Bei zweiter Tochter aber erkennt man bald, doch es muss noch in leichter ist der Sohn der zweiten Mutter von mir einzutreten. — weil — nun ja, weil es aus der jungen Mutter ist — und auch die Tochter — nicht leicht machen. Es kann als zweite einzutreten einer und zweiten erkannt werden. Es ist leider ja bei zweiter Tochter jungen Mutter und bei der Tochter der kleinen noch der kleine Geschäftsführer und dem kleinen gegenüber annehmen.

Hier ist es, wo man nicht die Frage der unverheirateten Mutter und ihres Kindes an ist nicht einfühlen.

Wir wissen noch so wenig von dem Geist der biologischen Einheit von Mutter und Kind, so daß wir die Frage der unehelichen Mutterhaft sehr oft als das ausschlaggebende bei entstehenden Konflikten und den meistens ungünstigen Entwicklungsbedingungen des Kindes ansehen. Die Einheit zwischen Mutter und Kind ist gehemmt durch die Unnatur der Entwicklung, die beide Teile voneinander trennt, seelisch fast immer schon vor der Geburt des Kindes, weil sein kommen als lästig empfunden wird.

Fest ist bedarf es ernstlichen Nachdenkens, um die Ungerechtigkeit der sozialen Verhältnisse zu verstehen und dann ein Kämpfer für das Recht der Mutter zu werden, die gezwungen gemacht werden, nicht Mutter sein darf. Sollte die Zeit der Not, durch die viele von uns sich gegangen sind, uns nicht die Augen und die Herzen öffnen für diese Mutter und Kinder? Haben wir mütterlich empfindenden Frauen diese Not einmal wirklich begripen, dann hält sie uns fest und zieht uns zum Handeln. Und wie?

Arbeitsbeschaffung für die Mutter, die ihr Kind mit ihrer Hände Arbeit erarbeit, Unterschlüsse Obdach, Schutz, Anteilnahme an der Kinder Erziehung, Interesse an der Gefahrgebung, die die Mutter betrifft, Regelung der äußeren Verhältnisse zum Schutz von Mutter und Kind und Anerkennung jeder Mutter, die im wahren Sinne des Wortes Mutter ist. Jede Frau könnte auf diesem Gebiet Mütterin sein und durch ihre eigene Einstellung zur Hebung der sozialen Grundlage der Mutterhaft beitragen.

Wir Frauen jebl sind mit daran schuld, daß man noch immer die unverheiratete Mutter als im Wesen minderen Wertes ansieht.

Die Verantwortung der Mutter und dem Kind gegenüber sollte uns selber stark zum Kampf für eine wahre Gültigkeit machen.

Es gibt nicht unverheiratete und verheiratete Mütter, wenn wir es nicht wollen! Es gibt dann nur noch Mütter!

Das sei unser Kampf und unser Sieg!

Lotte Möller.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der ADGB gegen die Tenterung.

Der Sozialpolitische Ausschuß des ADGB nahm am 23. und 24. Oktober, an der auch Vertreter des AfA-Bundes teilnahmen, eingehend Stellung zu den vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Maßziffern der Lebenshaltungskosten. In steigendem Maße setzt sich auch in Kreisen der Unternehmervertreter die Erkenntnis durch, daß die reichsamtlichen Indexberechnungen große Fehlerquellen enthalten, die veranlassen, daß der amtliche Index nicht einwandfrei die Verschiebungen der Lebenshaltungskosten zeigt, sondern beträchtlich hinter der tatsächlichen Verfestierung der Lebenshaltung zurückbleibt. In zahlreichen Beispielen wurde bewiesen, daß enderreichs in der amtlichen vergleichenden Statistik der Durchschnittslohn der einzelnen Berufe viel zu hoch angesetzt ist. Es entsteht dadurch in der amtlichen Statistik ein falsches und irreführendes Bild von Höhe und Konkurrenz der zur Zeit gezahlten Löhne. Das Fehlen objektiver Maßziffern nach den Ausseiterschätzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern erschwert und die Konflikte wesentlich verschärft. Es würde ein kleinerer Arbeitsaufschwung eingelegt, da bereits in den nächsten Tagen mit dem Statistischen Reichsamt und dem diezeitl. begegebenen parlamentarischen Anderungsdruck verhandelt soll, um eine einwandfreie und objektive Errechnung der Maßziffern für die Lebenshaltungskosten herbeizuführen.

Weiter nahm der Sozialpolitische Ausschuß Stellung zu der steigenden Tenterung und den dadurch notwendigen Lohnausgleichen. Die Aktion der Regierung zur Senkung der Warenpreise hat dank der enderreichs Selbsthilfe weiter Unternehmerkreise völlig Erfolg erzielt. Die zu einer Preissenkung bestimmten Regierungmaßnahmen werden scharflos benutzt, den Unternehmer- und Handelsgewinn zu steigern. Das Ergebnis ist lediglich eine steigende Verfestierung der Lebenshaltung. So wenig die Regierung die Lohnunterstützung der Preise hindern kann, so sehr widersteht sie ebenso wie die Unternehmer dem Drängen der Arbeiter noch einem entsprechenden Ausgleich der Löhne. Der Arbeitnehmer soll mit der Wirtschaft willen seine an sich schon imreichenenden, den höheren der Wirkungszeit zurückgedrehten Rechte durch die Tenterung noch weiter erweitern lassen. Die Verhandlungen ließen keinen Zweifel darüber, daß sowohl die Regierung wie die Unternehmerverbände ganz klar darüber sein müssen, daß wenn sehr fühlende Erhöhungen der deutschen Wirtschaft vermieden werden sollen, ein entsprechender Lohnausgleich herbeigesetzt werden muß. Nachdem von den Zwangsmaßnahmen der Regierung in der Preisbildung keine Preisenkung zu erwarten ist, kann allgemein zum Ausdruck, daß die wirkliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft stark gefährdet werden muß, wenn sich die Unternehmer und die staatlichen Erhöhungsbüros noch länger gegen einen notwendigen Lohnausgleich sträuben.

Weiter nahm der Sozialpolitische Ausschuß Stellung zu der steigenden Tenterung und den dadurch notwendigen Lohnausgleichen. Die Aktion der Regierung zur Senkung der Warenpreise hat dank der enderreichs Selbsthilfe weiter Unternehmerkreise völlig Erfolg erzielt. Die zu einer Preissenkung bestimmten Regierungmaßnahmen werden scharflos benutzt, den Unternehmer- und Handelsgewinn zu steigern. Das Ergebnis ist lediglich eine steigende Verfestierung der Lebenshaltung. So wenig die Regierung die Lohnunterstützung der Preise hindern kann, so sehr widersteht sie ebenso wie die Unternehmer dem Drängen der Arbeiter noch einem entsprechenden Ausgleich der Löhne. Der Arbeitnehmer soll mit der Wirtschaft willen seine an sich schon imreichenenden, den höheren der Wirkungszeit zurückgedrehten Rechte durch die Tenterung noch weiter erweitern lassen. Die Verhandlungen ließen keinen Zweifel darüber, daß sowohl die Regierung wie die Unternehmerverbände ganz klar darüber sein müssen, daß wenn sehr fühlende Erhöhungen der deutschen Wirtschaft vermieden werden sollen, ein entsprechender Lohnausgleich herbeigesetzt werden muß. Nachdem von den Zwangsmaßnahmen der Regierung in der Preisbildung keine Preisenkung zu erwarten ist, kann allgemein zum Ausdruck, daß die wirkliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft stark gefährdet werden muß, wenn sich die Unternehmer und die staatlichen Erhöhungsbüros noch länger gegen einen notwendigen Lohnausgleich sträuben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Niedersachsen. Eine besonders hohe Meinung scheint der Betriebsleiter der hierigen Firma J. Große, Herr Weber, von seiner Arbeitserfahrung zu haben. Er erachtet sehr oft Menschen und Tiere, die er erachtet. Wenn es sich nicht körperlich schwere und gesundheitsschädliche Arbeit in einer gewissen Fähigkeit zu verrichten ist. Da es eigentlich nicht ist, doch Herr Weber, die älteren Arbeiter mit 90s und die jüngeren mit 100s bezeichnet. Wer soll denn der Unternehmer sein? Herr Weber ist stolz, umgang mit Menschen zu sein. Außerdem hat der Amerikaner Henry Ford besondere Maßnahmen über die Behandlung der Arbeiter geschrieben, die manchen Arbeitgeber zu empfehlen sind. O. E.

Kundschon.

Haben Sie den Bäckerkreis?

Eine dem arbeitenden Deutschen ist längst angestrebte Einrichtung ist Bäckerkreis geworden: Der Bäckerkreis hat sich gegründet. Es ist eine Gruppe des kleinen Besitzes von Bäckern, denen es gelingt den besonderen Wohlstand der betrieblichen Verbesserung der Reparatur entspricht. Es sollen, unter der politisch unabhängigen Führung, deren Erfolge den kleinen Bäckermeistern angezeigt werden, auch Werke der kleinen Bäckermeister sowie Werke wissenschaftlichen und kulturgeistigen Inhalts zu gleich billigen Preisen der Arbeiterschaft an die Hand gegeben werden. Für den billigen Beitrag von 1 Mark pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — vier Bäcker des gekennzeichneten Jahrs gesetzt. Und wenn tatsächlich werden die zur Verfügung stehenden Werke allen Arbeitnehmern des Großmarktes gereicht.

Der Bäckerkreis steht eine Art kultureller Arbeitsgemeinschaft zwischen der Arbeiterschaft und dem für sie tätigen Kreis der Bäckermeister und Bäcker dar. Die Mitglieder des Bäckerkreises leben ihre Tätigkeit hinsichtlich des freizügigen Erfahrungsaustausches erfreut zu haben. Werden werden als wichtigste wichtige Kleider ausgewählt und die Bäcker als „die einzige“ genannt werden zu wollen.

Bei zweiter Tochter aber erkennt man bald, doch es muss noch in leichter ist der Sohn der zweiten Mutter von mir einzutreten. — weil — nun ja, weil es aus der jungen Mutter ist — und auch die Tochter — nicht leicht machen. Es kann als zweite einzutreten einer und zweiten erkannt werden. Es ist leider ja bei zweiter Tochter jungen Mutter und bei der Tochter der kleinen noch der kleine Geschäftsführer und dem kleinen gegenüber annehmen.

Hier ist es, wo man nicht die Frage der unverheirateten Mutter und ihres Kindes an ist nicht einfühlen.

Wo noch keine Zahlstelle besteht, ist dringend zu empfehlen, eine solche ins Leben zu rufen. Die Hauptgeschäftsstelle „Der Bäckerkreis“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, ist anzuwenden, beratend und durch Belieferung mit dem nötigen Werbematerial helfend zur Seite zu stehen. An die genannte Hauptgeschäftsstelle können auch Beitragsklärungen eingereicht werden.

Literatur.

China, das Reich der Milie: ist seit vielen Jahren das Land der Wunder und unerhörten Reichthums. Wenn wir einen Mann wie Marco Polo erzählen lassen, hören wir, daß es vor 700 Jahren in dem unermesslichen Lande schon so vieles gegeben hat, womit wir Europäer der Neuzeit uns brüsten wollen. Sogar das Papiergeld kannte man, und obendrein hatte es den mächtigen Herrscher Kublai Khan verbot, um die Inflation herumzukommen. Eine rühmenswerte Toleranz herrschte damals in dem Lande; der Großkhan sorgte dafür, daß Christen, Mohammedaner, Juden und Heiden aller Art friedlich nebeneinander ihren Weihräumen nachgehen konnten. Es fehlte bisher an einer handlichen zuverlässigen Ausgabe der hochinteressanten Berichte. Es ist daher zu begrüßen, daß Dr. Albert Herrmann es unternommen hat, eine Auswahl der interessantesten Schilderungen Marco Polos als 11. Band der bekannten Brockhaus-Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“ unter dem Titel „Am Hofe des Großkhans“ zu veröffentlichen. (Geb. 250 Mark in Ganzleinen 320 Mark.) Das Leben am Hofe des Großkhans ist so vielfältig und auch so abenteuerlich, daß die Schilderungen märchenhaft erscheinen mögen. Von einer alten Stadt zu lesen, die 1600 000 Familien beherbergt und in der eine mächtige, wahrhaft moderne Ordnung herrscht, überreicht sehr. In dieser Stadt Quinsay, mit 12 000 Brücken, gab es schon eine Fremdenpolizei, die auf jeden Unkönig aufpaßte und ihn genau registrierte. Was der Venezianer gar von Cipangu, mit heiligem Japan, und seinem fabelhaften Goldreich erzählt, möchte einen mit Neid erfüllen. Das ganze Dach des Königspalastes ist mit Goldplatten gedeckt, so wie untere Kirchen mit Blei. Das Gefüle in den Sälen besteht aus demselben kostbaren Metall. Kein Wunder, daß Marco Polos Bericht im Entdeckungsalter aller See-fahrenden Nationen veranlaßte, auf neuen Wegen nach China und Japan vorzudringen. Der Band ist mit fesselnden alten Bildern und mit Karten reich ausgestattet.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen:

Alsfeld. Karl Siedentopf, Buch-Nr. G. II 452786, eingetreten 12. 8. 21, auf Grund des § 14 Abs. 3a und 3d. Abenberg-Pöhlmühlen. Hermann Kohlraus, Buch-Nr. 945072, eingetreten 21. 3. 19, wegen Verschöpfen gegen § 14 Abs. 3d. Frankfurt a. Main. Paul Sela, Buch-Nr. 191924, eingetreten 1. 11. 04, auf Grund des § 14 Abs. 3a und 3d.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

2. Quartal 1924.

Einnahme:

| | |
|---|---------------------|
| An Kassenbestand, 1. Quartal 1924 | 167 340,08 |
| Beiträge | 1 332 688,66 |
| Von den Zahlstellen mehr eingelandet | 3 358,30 |
| Bureaubedarf und Schreibmaterial | 163,- |
| Bücher und Broschüren | 66,10 |
| Karothek- und Kassiererkarten | 134,85 |
| Proletarier | 211,01 |
| Erholbücher und Karten | 211,49 |
| Einzelmitglieder | 140,- |
| Schreibmaschine | 301,50 |
| Zinsen | 872,75 |
| Zurückgezahlte Beiträge | 1 041,40 |
| Sonstige Einnahmen: | |
| | Hauptkasse 40,41 |
| | Zahlstellen 2144,03 |
| | Summe 2 184,44 |
| Beiträge der Zahlstellen zur Unfallkasse | 2 776,69 |
| An die Zahlstellen gesandte Zuschüsse zurückgerechnet | 177 707,54 |
| | Summe 1 689 206,81 |

Ausgabe: